



Haushaltsrede von Bürgermeister Tobias Stockhoff

anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2026 der Stadt Dorsten
in den Rat der Stadt Dorsten am 03.12.2025
- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen und Herren,

sehr herzlich danke ich unserem Stadtkämmerer Karsten Meyer und seinen Teams im Amt für Kommunale Finanzen sowie im Amt für Verwaltungsmanagement und -service, ebenso den Amtsleitungen und den Budgetverantwortlichen der Fachämter. Sie alle haben mit großem Einsatz den Haushaltsplan und den Stellenplan für das Jahr 2026 erarbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rathaus – Ihr und Euer Engagement verdient besondere Würdigung und Anerkennung an dieser Stelle. Vielen Dank dafür!

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Haushaltsentwurf 2026 schreibt leider das fort, was wir bereits 2024 mit dem Haushaltsentwurf 2025 erwartet haben und was sich in den vergangenen fast zwölf Monaten auch in weiten Teilen bestätigt hat. Defizite von knapp 17 Millionen Euro in 2025 und von über 22,5 Millionen Euro in 2026 lassen auch für die Jahre 2027 bis 2029 nichts Gutes erwarten.

Dabei ist mir wichtig, heute klarzustellen: Die Löcher sind – wie in fast allen Städten und Gemeinden – nicht hausgemacht.

- Wir haben gut gewirtschaftet und unsere Aufgaben solide erledigt!
- Wir haben in den vergangenen Jahren gespart.



- Wir haben konsequent geprüft, wo wir effizienter werden können.
- Wir haben Aufgabenkritik betrieben, Doppelstrukturen abgebaut und Prozesse verschlankt.
- Wir haben uns nicht gescheut, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen – Entscheidungen, die schmerzhaft für Bürgerschaft, Mitarbeiterschaft und Rat waren, aber notwendig, um unsere Stadt handlungs- und zukunftsfähig zu halten.

Wir haben uns also nicht zurückgelehnt und darauf gewartet, dass andere unsere Probleme lösen.

Im Gegenteil: Wir haben aktiv nach Mehreinnahmen gesucht und sie auch erzielt. Durch eine kluge Wirtschaftsförderung und mehr Gewerbesteuerzahler, durch die Stärkung unserer lokalen Unternehmen und durch eine verantwortungsvolle Steuerpolitik konnten wir zusätzliche Mittel generieren.

Wir haben gezeigt, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und unsere eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Dabei haben wir uns immer wieder gefragt: Welche Aufgaben oder freiwilligen Leistungen sind wirklich notwendig, welche können wir besser organisieren? Und wo müssen wir ehrlich sagen, dass wir an die Grenzen des Machbaren stoßen? An die Grenzen dessen, was wir uns noch leisten können? Diese Aufgabenkritik ist bis zum heutigen Tage kein Selbstzweck, sondern Ausdruck unserer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Jeder Euro, den wir ausgeben, muss gut begründet sein, muss nachhaltig und mit Weitblick angelegt werden. Jeder Schritt, den wir gehen, darf uns nicht nur durch die Gegenwart retten, sondern muss dem Ziel dienen, Dorsten zukunftsfähig zu machen.

Wir haben also nicht nur gespart, sondern auch investiert – in die Modernisierung unserer Verwaltung, in die Attraktivität als Arbeitgeber, in die digitale Infrastruktur, in die Stärkung unserer Schulen und Kitas. Wir haben gezeigt, dass wir trotz knapper Mittel bereit sind, mutige und zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen. Wir haben bewiesen, dass wir sparsam und vorausschauend wirtschaften können – auch im Vergleich mit vielen anderen Städten und Gemeinden.



All diese Anstrengungen stoßen aber an Grenzen, wenn uns von außen immer neue gesetzlich verpflichtende Aufgaben und Leistungserhöhungen übertragen werden, ohne dass dafür die notwendige Finanzausstattung durch den Bund folgt.

Wir können noch so sehr sparen, noch so sehr optimieren, noch so sehr zusätzliche Einnahmen generieren – wenn der Deutsche Bundestag und die Bundesregierungen der letzten Jahre jedoch „Wohltaten“ versprechen und die Städte die Rechnung bezahlen lassen, dann sind unsere Bemühungen vergebens und dann bleibt unsere Handlungsfähigkeit bedroht.

Ein wenig erinnert mich das alles an die aktuelle Rentendiskussion:

Wir alle wissen um Probleme wie den Demographischen Wandel und auch um Altersarmut von Geringverdienern. Wir alle wissen aber auch, dass Weggucken, ein blindes und taubes „Weiter so!“ die Probleme nicht löst, sondern immer weiter verschärft!

Ich erkenne hier – wie an vielen anderen Stellen – leider nicht, dass das Notwendige mit dem Leistbaren in Einklang gebracht wird.

Ich sage es deshalb mit aller Klarheit: Wir in Dorsten haben unsere Hausaufgaben gemacht. Wir haben gespart, wir haben Mehreinnahmen erzielt, wir haben Aufgaben kritisch hinterfragt. Wir haben Verantwortung übernommen. Jetzt ist es an Bund und Ländern, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Denn nur wenn Verantwortung und Finanzierung zusammen gedacht werden, können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern das geben, was sie zu Recht erwarten: Funktionierende Städte und Gemeinden – und einen funktionierenden Staat!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Kommunen sind längst zum Reparaturbetrieb der Republik geworden. Immer neue Aufgaben werden uns übertragen – von der Kinderbetreuung über Integration bis hin zu Klimaschutz und Digitalisierung.



Der Bund kündigt Wohltaten an, verspricht Lösungen für Probleme und weckt Erwartungen bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Doch wenn es um die entscheidende Frage geht, wie das alles bezahlt und mit welchem Personal das alles umgesetzt werden soll, dann werden viele Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Berlin plötzlich ganz still.

Es ist ein Muster, das wir seit Jahren beobachten: Berlin beschließt Programme, verkündet Milliardenpakete. Doch die Umsetzung landet bei uns vor Ort. Die Städte kriegen das schon hin. Irgendwie.

Bund und Land garantieren KiTa-Plätze, Ganztagsbetreuung und bessere Infrastruktur. Und wir sind diejenigen, die die Kitas bauen, die Schulen sanieren, die Straßen instandhalten, die soziale Infrastruktur sichern. Wir sind diejenigen, die den Menschen erklären müssen, warum die groß angekündigten Versprechen nicht in der Realität ankommen. Denn die Mittel, die uns dafür zur Verfügung gestellt werden – Geld, Personal, Zeit – wenn sie denn überhaupt kommen – reichen nicht aus.

Das Ergebnis ist eine gefährliche Schieflage: Der Bund feiert sich für seine Geschenke, während die Kommunen die Rechnung bezahlen.

Wir sollen Erwartungen erfüllen – ohne die notwendige Ausstattung zu haben.

Wir kriegen ein Fahrrad ohne Gangschaltung – und sollen auf der Autobahn ans Ziel kommen. So kann keine Kommune dauerhaft handlungsfähig bleiben.

Ich sage es darum mit aller Klarheit: Wer Aufgaben überträgt, der muss auch die Finanzierung sicherstellen! Zu 100%!

Es darf nicht sein, dass wir vor Ort die Verantwortung tragen, während die Finanzierungsgrundlage fehlt. Wir brauchen keine neuen Versprechen, wir brauchen Verlässlichkeit. Wir brauchen eine faire Partnerschaft zwischen Bund, Land und Kommunen – eine Partnerschaft, die Aufgabenverteilung, Verantwortung und Finanzierung zusammen denkt.



Die Menschen erwarten, dass Straßen nicht verfallen, dass Schulen modern sind, dass soziale und kulturelle Angebote bestehen bleiben. Sie erwarten, dass wir in Zukunft investieren können, statt nur Löcher zu stopfen.

Doch solange der Bund weiter Wohltaten verspricht, ohne die Kommunen auszustatten, wird die Realität hinter den Erwartungen zurückbleiben. Die vorprogrammierte Enttäuschung darüber gefährdet am Ende sogar unsere Demokratie!

Wir brauchen eine ehrliche Antwort auf die Frage: Wie sollen die Städte und Gemeinden das alles finanzieren? Solange diese Antwort ausbleibt, bleibt jede neue Aufgabe ein Risiko für die Handlungsfähigkeit unserer Stadt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

und dennoch: Wir stecken nicht den Kopf in den Sand und ergeben uns unserem Schicksal!

Wir wissen, dass wir uns dabei auf eine starke Gemeinschaft verlassen können:

Wir haben in den vergangenen Jahren die Zivilgesellschaft und die Bürgerbeteiligung nachhaltig gestärkt. In den Stadtteilkonferenzen, in Projekten, in Vereinen und Initiativen gestalten die Menschen in Dorsten das Stadtleben mit. Wir haben eine Kultur des bürgerschaftlichen Miteinanders etabliert, die uns auch in schweren Zeiten tragen wird.

Und letztlich konnten sich die Bürgerinnen und Bürger immer auf einen Rat und eine Verwaltung verlassen, die mit großem Verantwortungsbewusstsein konstruktiv und kreativ die besten Lösungen für Herausforderungen gesucht haben.

In der Gemeinschaft aus Bürgerschaft, Rat und Verwaltung bleibt es unsere Aufgabe, Dorsten klug und nachhaltig zu entwickeln, damit unsere Stadt attraktiv bleibt als guter Wirtschaftsstandort und lebenswerter Wohnort.



Wir legen Ihnen darum heute einen Haushalt 2026 vor, der alles zu verantwortende Notwendige und gleichsam personaltechnisch Leistbare abbildet. Einen Haushalt, der unter anderem

- die Kinder und Familien
- die Bildung und Erziehung
- das Ehrenamt und das soziale Miteinander
- die Sanierung unserer Infrastruktur
- den Klimaschutz und die Mobilitätswende
- sowie die Digitalisierung unserer Stadtverwaltung

in den Blick nimmt.

Großzügig geschätzt hat die Stadt Dorsten im freiwilligen Bereich vielleicht 8 bis 10 Millionen Euro an Ausgaben. Dazu gehören unsere Jugendeinrichtungen, die Stadtbibliothek, die Musikschule, die Sanierung unserer Spielplätze, die Ehrenamtsförderung und viele Dinge mehr, die Dorsten lebens- und liebenswert machen. Selbst wenn wir von Heute auf Morgen all das wegfallen lassen würden, wäre unser Defizit immer noch im deutlich zweistelligen Millionen-Bereich pro Jahr.

Es liegt nun an uns, in den kommenden Wochen den Spagat zwischen Verantwortung für unsere Stadt und Frustration über die unzureichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden zu finden.

Ich sage aber auch deutlich: Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, dabei das Beste für die Menschen vor Ort zu erreichen! Hier werden wir intensiv um die besten Wege und Lösungen ringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum Ende meiner Haushaltsrede habe ich ein kleines Geschenk für unseren Kämmerer mitgebracht. Seit einigen Jahren kennen wir aus seiner Rede „Günni“, der in größter Not auf offener See schwimmt. Mein Geschenk, sehr geehrter Herr Kämmerer, lieber Karsten, hat etwas mit dem Namen „Hermann“ zu tun.



Damit meine ich nicht den Hermann – oder auch Arminius – an den jetzt viele vielleicht denken mögen. Ich meine Hermann Marwede, der am 8. März 1878 in Bremen geboren wurde und am 24. Oktober 1959 ebenda verstorben ist. Er war ein deutscher Kaufmann und Direktor der Firma Beck & Co.. Wer jetzt meint, ich möchte damit andeuten, dass unser Kämmerer nach diesen Zahlen ein gutes Pils vertragen könnte, der liegt falsch – zumindest in diesem Kontext.

Der größte Seenotrettungskreuzer in der Nordsee trägt den Namen Hermann Marwede, der zeitlebens ein großzügiger Förderer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger war. Der Kreuzer ist zugleich das einzige Schiff der 46-Meter-Klasse der DGzRS und gilt als der größte Seenotkreuzer weltweit – ein deutlicher Hinweis auf die Dimension Deiner Aufgabe als Kämmerer, den armen Günni bzw. die Stadtfinanzen aus der immer rauer werdenden Seenot zu retten.

Stationiert ist das Schiff auf der Seenotrettungsstation Deutsche Bucht/Helgoland. Die Stammbesatzung umfasst 16 Nautiker und Techniker. Jeweils acht von ihnen bilden die aktive Crew, die für zwei Wochen im Schichtbetrieb rund um die Uhr an Bord Dienst tut, um jederzeit auslaufen zu können. Anschließend folgt eine Ablösung mit einer 14-tägigen Ruhephase. Der Wachwechsel findet im Hafen von Cuxhaven statt, wo zugleich Treibstoff und weitere Versorgungsgüter übernommen werden.

Es handelt sich dabei um einen so genannten „Selbstaufrichter“ – sprich, ein Schiff, dass sich nach dem Kentern selbst wieder in stabile Lage bringt. Ob uns das gemeinsam mit unserem Haushalt gelingt, mag ich nicht voraussagen.

Die Kosten für das Schiff dürften ungefähr unserem Haushaltsdefizit entsprechen. Um den Haushalt nicht weiter zu belasten, bekommst Du heute jedoch nur ein kleines Modell – als Bausatz, weil es dadurch noch günstiger war. Bis zur endgültigen Haushaltsverabschiedung im Februar 2026 hast Du jetzt einige Wochen Zeit, um zu schauen, ob wir Günni bzw. unseren Haushalt 2026 mit einem selbstaufrichtenden Seenotkreuzer retten können.

Viele Freude damit ...